



Bürgerhaushalt 2012

Erster Dokumentationsbericht

November 2012



Inhaltsverzeichnis

Einleitung	3
TOP 5 Ideen zum Thema Neues Rathaus	7
Idee #69 zum Neuen Rathaus: Ansiedlung der Verwaltungsbereiche mit seltenem Kundenkontakt in Randlagen, Nutzung neuer Medien	8
Idee #83 zum Neuen Rathaus: Mehr Bürgerservice durch dezentrale Servicebüros, Verwaltungsbereiche ohne Bürgerkontakt raus aus teuren Büros	10
Idee #127 zum Neuen Rathaus: Aushandlung günstigerer Mietverträge, Dienstleistungszentrale in der City, kein neues Rathaus für Politik und Stabsstellen	11
Idee #74 zum Neuen Rathaus: Berücksichtigung der Folgekosten, mehr Flexibilität durch Anmietung, innere Verwaltung in die Peripherie	12
Idee #115 zum Neuen Rathaus: Verwaltungsbereiche mit wenig Bürgerkontakt in die Peripherie, zentrale Bürgeranlaufstelle	13
TOP 5 Ideen zum Thema Bezirksverwaltungen	14
Idee #21 zu den Bezirksverwaltungen: Ausbau der Internetdienstleistungen, dadurch Einsparungen bei den Gebäuden	15
Idee #1 zu den Bezirksverwaltungen: Bürgerdienste in die Stadt(teil)bibliotheken und per Telefon	16
Idee #155 zu den Bezirksverwaltungen: Erhalt der Bezirksverwaltung Eberstadt	17
Idee #129 zu den Bezirksverwaltungen: Heimservice der Verwaltung für Senioren	18
Idee #138 zu den Bezirksverwaltungen: Dezentralisierung des Bürgerservices, Online-Angebote	19
TOP 5 Ideen zum Thema Ehrenamtliches Engagement	20
Idee #10 zum ehrenamtlichen Engagement: Ehrenamtspool und zentraler Ansprechpartner	22
Idee #28 zum ehrenamtlichen Engagement: Einsatz Ehrenamtlicher in Bibliotheken	23
Idee #128 zum ehrenamtlichen Engagement: Einsatzfelder für Ehrenamtliche, Bedeutung des freiwilligen Polizeidienstes	24
Idee #75 zum ehrenamtlichen Engagement: Verein "Ehrenamt für Darmstadt e.V." und Ehrenamts-Card bekannter machen und verbessern	26
Idee #90 zum ehrenamtlichen Engagement: Grünflächenpatenschaften	27



Einleitung

Bisheriger Ablauf

Der Bürgerhaushalt 2012 der Wissenschaftsstadt Darmstadt hat die ersten Stufen der Beteiligung durchlaufen und befindet sich nun in der Abschlussphase.

Der Start des Bürgerhaushaltes war am 27. Juni 2012, als die Vorschlagsphase begann. Während der Vorschlagsphase hatten die Bürgerinnen und Bürger¹ Darmstadts 4 Wochen Zeit, in vier Foren ihre Ideen und Vorschläge einzubringen und zu diskutieren. Bei den vier Foren handelte es sich um die Themen „Neues Rathaus“, „Bezirksverwaltungen in den Stadtteilen“, „Ehrenamtliches Engagement“ und „Online-Bürgerhaushalt 2013“. Insgesamt wurden 170 Ideen sowie 125 Kommentare eingebracht. Nach dem Ende der Vorschlagsphase begann eine dreiwöchige Bewertungsphase, in denen über die eingebrachten Ideen und Vorschläge abgestimmt werden konnte. In dieser Phase des Bürgerhaushalts 2012 wurden 778 Stimmen abgegeben.

Weiterer Ablauf

In der nun abgeschlossenen Dokumentationsphase wurden die jeweils fünf besten Vorschläge gesichtet und von der Verwaltung auf Umsetzbarkeit und mögliche Auswirkungen geprüft. Es wurde überprüft, wie die Vorschläge fachlich einzuschätzen sind und ob die Vorschläge umsetzbar und finanzierbar sind. Dieser Bericht wird der Stadtverordnetenversammlung im November 2012 vorgelegt und auf den Internetseiten des Bürgerhaushaltes der Wissenschaftsstadt Darmstadt veröffentlicht.

Hinweise

Zum besseren Verständnis des folgenden Teiles muss erklärt werden, dass die **Erläuterungen** der Ideen von den Verfasserinnen bzw. den Verfassern selbst formuliert wurden und in dieser Form übernommen wurden. Die **Bewertungen** resultieren aus der Abstimmung in der Bewertungsphase im Internet, wobei dafür oder dagegen gestimmt werden konnte.

Sie finden den Bürgerhaushalt im Internet unter:

<http://da-bei.darmstadt.de/discuss/Buergerhaushalt2012>.

Evaluation

Im Anschluss an das erste Bürgerhaushaltsverfahren der Wissenschaftsstadt Darmstadt wird eine Auswertung durchgeführt, um zu ermitteln, was gut gelaufen ist und an welchen Stellen das Verfahren verbessert bzw. weiterentwickelt werden kann. Hierfür sind die Nutzerdaten von Bedeutung, die von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern bei der Anmeldung auf der Online-Plattform eingegeben wurden.

Am ersten Bürgerhaushalt der Wissenschaftsstadt Darmstadt haben sich 113 aktive Teilnehmer registriert und über die Online-Plattform beteiligt.

Die Altersstruktur der Teilnehmerinnen und Teilnehmer (siehe Abbildung 1) macht deutlich, dass die größte Teilnehmergruppe zwischen 60 und 69 Jahren alt war, gefolgt von der Gruppe der 40 bis 49-jährigen. Daher können die Bedenken hinsichtlich einer Hürde bzw. Akzeptanzproblemen in der Onlinebeteiligung von älteren Menschen nicht belegt werden, die Zahlen deu-

¹ Korrekterweise müsste von Einwohnerinnen und Einwohnern nach §8 HGO gesprochen werden, da keine Altersbegrenzung vorlag. Aufgrund der besseren Lesbarkeit und dem Kontext eines „Bürgerhaushaltes“ wird im Text der Begriff der Bürgerinnen und Bürgern verwandt.



ten eher darauf hin, dass in der Gruppe der jüngeren Menschen eine geringe Aktivierung stattgefunden hat. Neben der Gruppe der jungen Menschen unter 19 Jahren stellen die über 70-jährigen eine weitere schwache Gruppe dar. Die Erfahrungen in anderen Kommunen sind ähnlich. Dennoch sollte das Ziel eines weiterentwickelten Bürgerhaushaltes sein, insbesondere jüngere Menschen für Beteiligungsverfahren wie beispielsweise den Bürgerhaushalt zu gewinnen.

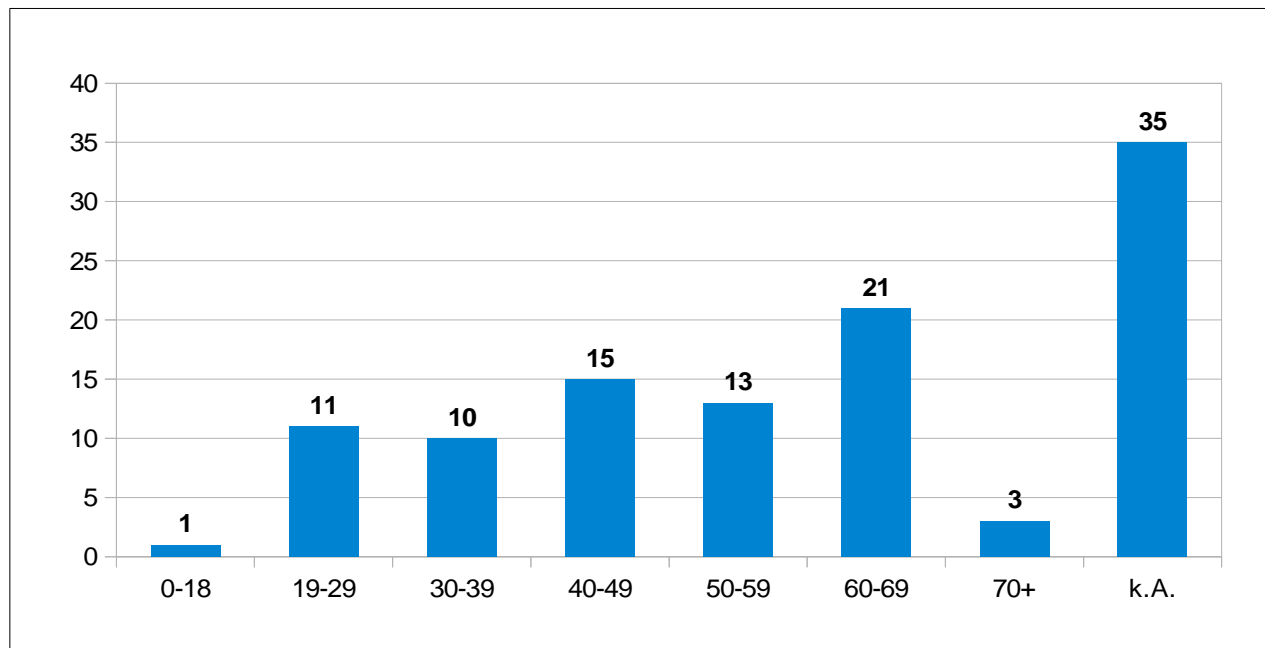


Abbildung 1: Altersstruktur der Nutzerinnen und Nutzer des Bürgerhaushalts 2012

Die Beteiligung nach dem Geschlecht zeigt eine deutlich stärkere Beteiligung von Männern als von Frauen am Onlineportal (siehe Abbildung 2). Diese Struktur entspricht dem generellen Trend, dass Frauen sich bei Onlineverfahren seltener beteiligen als Männer. Für eine Weiterentwicklung des Verfahrens sollte ein Ziel sein, diese Differenz in der Beteiligung zwischen Männern und Frauen zu reduzieren.

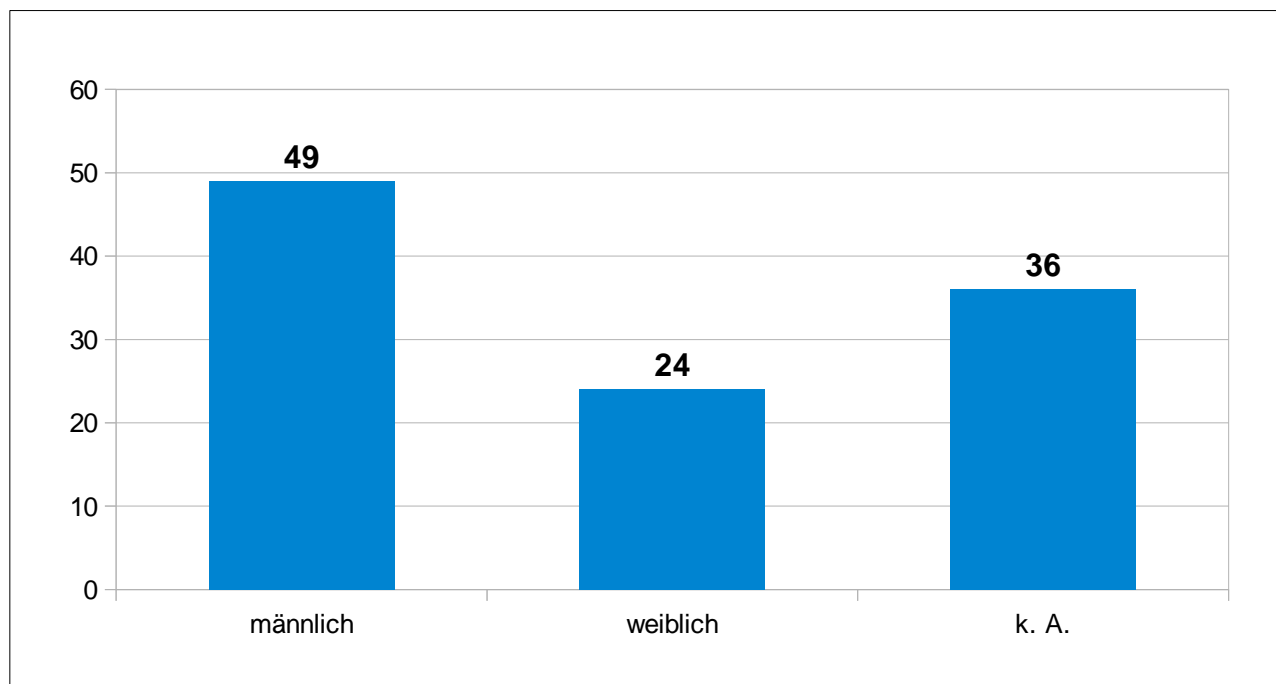


Abbildung 2: Geschlecht der Nutzerinnen und Nutzer des Bürgerhaushalts 2012

Die Teilnehmer der Onlineplattform haben teilweise angegeben, in welchen Stadtteilen sie leben. Aus diesen Informationen wird deutlich, dass die meisten Vorschläge und Ideen aus Bessungen und der Stadtmitte kommen (siehe Abbildung 3).

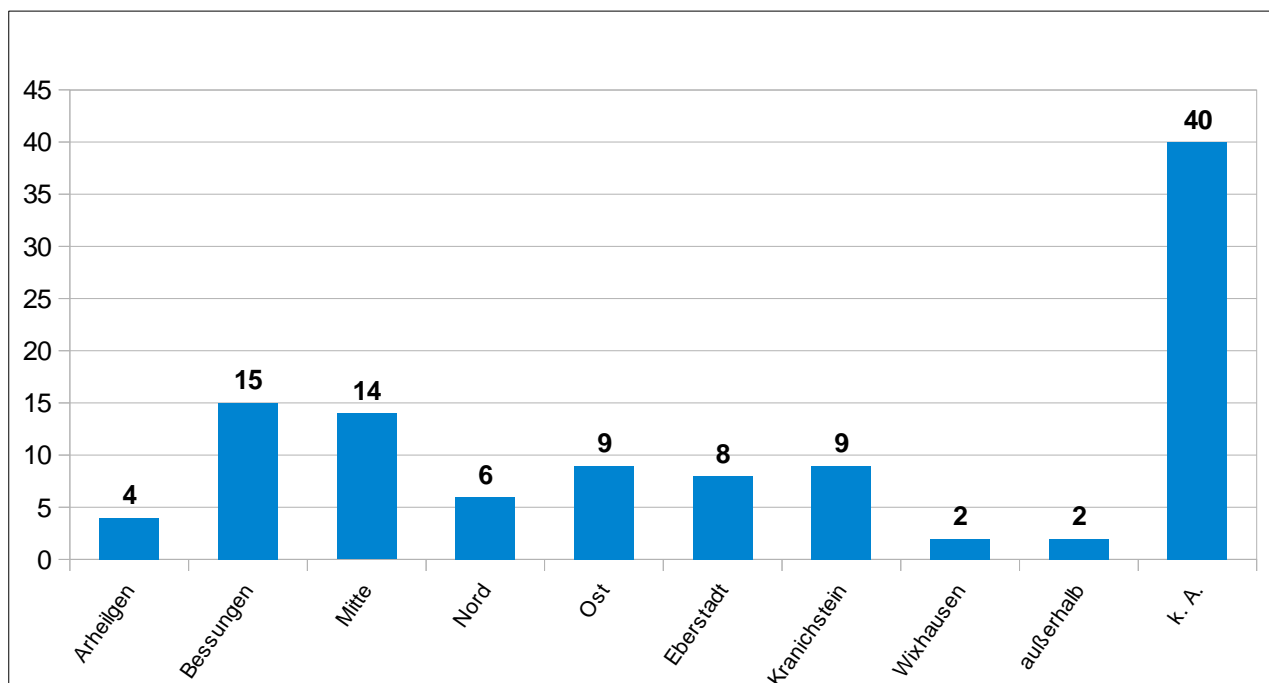


Abbildung 3: Aus welchen Stadtteilen kommen die Nutzerinnen und Nutzer?



Auf Basis dieser Informationen, der gesammelten Eindrücke und unter Einbeziehung von Erfahrungen anderer Kommunen im Sinne von best practice wird eine Weiterentwicklung des Verfahrens für einen Bürgerhaushalt im Jahr 2013 stattfinden.



TOP 5 Ideen zum Thema:

Neues Rathaus für die Wissenschaftsstadt Darmstadt und dazugehörige Stellungnahmen aus der Verwaltung

Einleitungstext aus der Onlineplattform:

Die Wissenschaftsstadt Darmstadt mietet derzeit rund 23.000 Quadratmeter als Büroräume für die stadteigene Verwaltung an - in städtischem Besitz stehen für Abteilungen und Ämter mit und ohne Publikumsverkehr noch einmal rund 20.000 Quadratmeter Flächen bereit. Insgesamt gibt es zehn Standorte der Kern-Stadtverwaltung verteilt im ganzen Stadtgebiet. Um Synergien zu knüpfen und Mietzahlungen künftig einzusparen wird derzeit überprüft, ob ein Neubau eines zentralen Rathauses nicht langfristig wirtschaftlich sinnvoller ist. Eines ist klar: In einem zentralen Rathaus könnten alle Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern schneller und unkomplizierter erledigt werden.

- Wir wollen von Ihnen wissen, welchen Service Sie sich von einem Neuen Rathaus wünschen?
- Was sollte das Neue Rathaus bieten?
- Wie stellen Sie sich das Darmstädter Rathaus der Zukunft vor?

Schon jetzt zahlt die Wissenschaftsstadt Darmstadt für die Anmietung der Flächen für die Stadtverwaltung 2,8 Millionen Euro pro Jahr. Darin sind die Mietzahlungen für die Räumlichkeiten Luisenplatz 5a nicht enthalten, die wegen einer bereits geleisteten Vorabzahlung nicht jährlich abgegolten werden. Für dieses Objekt werden derzeit nur Mietnebenkosten gezahlt.

Folgende Ziele werden im Zusammenhang mit einem Neubau und der Zusammenlegung der Organisationseinheiten an einem Standort festgehalten:

- Reduzierung der Mietkosten
- Reduzierung der Betriebskosten
- Reduzierung des Sanierungsstaus
- Synergieeffekte für die Verwaltung
- Verbesserung der internen technischen Infrastruktur
- Rathaus der Zukunft (Stichworte dazu sind: bedarfsgerecht, barrierefrei, verbesserte Orientierung, bessere Erreichbarkeit, übersichtlich, besserer Bürgerservice, zeitgemäße soziale Einrichtungen wie Cafeteria und Betriebskindertagesstätte...)
- Image einer modernen Stadtverwaltung
- Stadtreparatur durch Verbesserung der städtebaulichen Situation

Ziel des nun gestarteten Vorbereitungsprozesses ist herauszufinden, wann durch eine Zentralisierung der Verwaltung an einem neuen stadteigenen Standort langfristig spürbare Entlastungen für den städtischen Haushalt zu erwarten sind. Außerdem gilt es auszuloten, mit welchen positiven Effekten eine solche Zentralisierung verbunden wäre.



Idee #69 zum Neuen Rathaus: Ansiedlung der Verwaltungsbereiche mit seltenem Kundenkontakt in Randlagen, Nutzung neuer Medien

Erläuterung:

zentrale dienste wie z. b. der zentrale postein- und ausgang, personalwirtschaft und -entwicklung, organisation, personalbetreuung und -kostenabrechnung, sprich alle bereiche mit keinem oder nur seltenem kundenkontakt gehören bei allen ämtern herausgelöst, zusammengefasst und in mietgünstigeren gegenden darmstadt angesiedelt. lt. mietpreisspiegel der ihk leigen die büromieten in darmstadt zwischen 6 und 13 euro pro m², stadtteile oder cityrand sind am billigsten. es kann doch nicht sein, daß die zentrale poststelle der stadt im luisencenter im 5 stock sitzt und die personalverwaltung dort im 4. stock. was (angeblich) noch nicht geht in der verwaltung sind telefon- bzw. videokonferenzen. das sollte geändert werden, dann ist die präsenz vor ort nicht so wichtig. prüfen: bürgeranfragen via skype

Bewertung: 19 Ja-Stimmen

Bericht durch die Verwaltung:

Zur Idee der Ansiedlung von Verwaltungsbereichen mit wenig Kundenkontakt in der Peripherie gibt es eine kritische Einschätzung von Seiten der Stadtverwaltung. Die Wissenschaftsstadt plant aus diversen Gründen den Neubau eines zentralen Rathauses, in dem alle städtischen Ämter untergebracht sind. Davon umfasst sind auch die Ämter, die nicht primär Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger erbringen. Diese Ämter, zu denen beispielsweise die Kämmererei, das Personalamt, die IT-Abteilung und das Rechtsamt gehören, zählen zu den so genannten internen Dienstleistern, die Aufgaben für sämtliche Ämter der Stadtverwaltung im Innenverhältnis übernehmen.

Ein Ziel für das zentrale Rathaus ist es, kurze Wege zwischen den einzelnen städtischen Ämtern zu ermöglichen. Dies gilt insbesondere auch für die vielen Kontakte städtischer Ämter zu den internen Dienstleistern. So nehmen diese beispielsweise an zahlreichen Projekt- und Arbeitsgruppen, bei Gesprächen mit der politischen Führung, mit Amtsleitungen und Beschäftigten (z. B. Vorstellungsgespräche, Beratungsgespräche, ...) teil, die nicht ohne weiteres ohne persönlichen Kontakt stattfinden können. Hier gilt es durch eine zentrale Unterbringung lange Wege, Botendienste, Zeitverzögerungen etc. abzubauen und somit auch Kosten zu senken.

Weiterhin ergeben sich insbesondere durch die gemeinsame Unterbringung mit diesen zentralen Dienstleistern Synergieeffekte durch den Abbau von Aufgaben, die in allen Ämtern ausgeführt werden, aber den internen Dienstleistern zuzuordnen sind. Hierzu zählt z. B. der dezentrale Rechnungseingang und dessen Verbuchung, der eigene IT-Support in den größeren Ämtern und Stadthäusern, die dezentrale Personalverwaltung, usw. Das umfassende Bündeln dieser Aufgaben bei dem ohnehin schon vorhandenen internen Dienstleister kann trotz Ausnutzen aller aktuellen technischen Möglichkeiten (elektronischer Archivierung, elektronischer Workflow etc.) eben nur durch eine gemeinsame Unterbringung gelingen. Im Übrigen kann



durch das Ausnutzen der technischen Möglichkeiten auch der Platzbedarf im neuen Rathaus geringer geplant werden, als dies noch vor einigen Jahren möglich gewesen wäre.

Auch das Unterbringen der politischen Führung der Stadtverwaltung, d.h. aller hauptamtlichen Magistratsmitglieder abseits der bürgernahen Ämter stellt sich in der Praxis als nicht sinnvoll dar. Es finden täglich Gespräche zwischen der politischen Führung mit Einwohnerinnen und Einwohnern, Interessenvertretern etc. statt, die auch in einer zentralen Anlaufstelle möglich sein sollten. In einem modernen Dienstleistungszentrum sollten die operativen Einheiten mit den Entscheidungsträgern (Oberbürgermeister, Bürgermeister, Stadtkämmerer und Stadträtinnen) gemeinsam untergebracht sein.

Letztendlich stärkt die gemeinsame Unterbringung in einem zentralen Rathauses auch das Wir-Gefühl unter den Beschäftigten und deren Zusammenarbeit ebenso, wie die Identifikation der Bediensteten als Teil einer Stadtverwaltung, die für das Wohl der Einwohnerinnen und Einwohner Darmstadts arbeitet.

Telefonkonferenzen sind mit der städtischen Telefonanlage möglich. Videokonferenzen wurden durchgeführt. Derzeit gibt es dafür keine konkreten Anforderungen.

In Sachen Bürgeranfragen via skype wurde seitens der Stadt bereits vor einigen Jahren eine Bewertung der Software vorgenommen mit dem Ergebnis, dass schon aus Datenschutzgründen der Einsatz von skype bei der Stadt nicht in Frage kommt. Die Datenübertragung erfolgt über den Server eines Diensteanbieters. Dieser kann das Kommunikationsverhalten und sogar die Nachrichteninhalte abhören, protokollieren und missbräuchlich verwenden.

Der Vorteil eines zentralen Rathauses bestände u.a. darin, dass ein zentraler Bürgerdienst angeboten werden könnte, der selbstverständlich auch Bürgeranfragen bearbeiten könnte. Auch derzeit ist es jederzeit möglich, Bürgeranfragen an die Stadtverwaltung zu richten. Zum einen gibt es als erste Anlaufstelle das Bürgerberatungs- und Informationszentrum im Stadtfoyer, zum anderen ist die Bürgerbeauftragte der Wissenschaftsstadt Darmstadt eine zentrale Ansprechpartnerin für alle Bürgerinnen und Bürger Darmstadts bei Anregungen, Lob und Beschwerden im Zusammenhang mit der Stadt Darmstadt. Bürgeranfragen können sowohl digital, als auch persönlich, per Post, Telefon oder Fax eingereicht werden. Mit der vermehrten Nutzung von Online-Diensten beschäftigt sich seit August 2012 eine Projektgruppe der Stadtverwaltung zur Neustrukturierung der Bürgerdienste im Rahmen der Ideensammlung für ein Neues Rathaus der Zukunft.



Idee #83 zum Neuen Rathaus: Mehr Bürgerservice durch dezentrale Servicebüros, Verwaltungsbereiche ohne Bürgerkontakt raus aus teuren Büros

Erläuterung:

ich erwarte kein neues rathaus sondern besseren service. was nützt es mich, wenn ich in einem haus alles zusammen habe, dafür aber zig kilometer zurücklegen muss um dort überhaupt hin zu kommen. bürgerservice heisst kurze wegge innerhalb der stadt, d. h. servicebüros dezentral, die teile der verwaltung, die nix mit den bürgern zu tun hat raus aus den teuren büros, z.b. in die bessunger strraße. da ist doch platz, der ead hat doch neu gebaut. heidelberg hat ein solches modell mit dezentralen büros umgesetzt. mal dort hinfahren würde ich vorschlagen.

und überhaupt: wass soll eine solche befragung mitten in den ferien? hat den anschein, als ob man zur wahrung des guten eindrucks mal die bürger irgendwie beteiligen möchte.

finde ich nicht gut!!!

Bewertung: 18 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme

Bericht durch die Verwaltung:

Neben der Einrichtung eines zentralen Neuen Rathauses mit mehr Dienstleistungen für die Bürger ist geplant, die Bezirksverwaltungen in Arheilgen, Eberstadt und Wixhausen zu erhalten und zu stärken. Derzeit wird von der Bürgerbeauftragten der Wissenschaftsstadt Darmstadt ein Konzept zur Bürgerbeteiligung mit den beteiligten Ämtern, Verwaltungsstellen und Eigenbetrieben erarbeitet, in dem auch die Bezirksverwaltungen eingebunden werden. Ziel ist der Erhalt und der Ausbau des Dienstleistungsangebots in den genannten Stadtteilen. Darüber hinaus soll die Vernetzung der Bezirksverwaltungen mit den jeweiligen Stadtteilen als auch mit den zentralen Einheiten verstärkt werden und die Bezirksverwaltungen konzeptionell stärker in Prozesse der Bürgerbeteiligung einbezogen werden.

Eine Ausweitung des Bürgerservices auf weitere dezentrale Servicebüros in den Stadtteilen ist aufgrund der schwierigen Haushaltslage derzeit nicht möglich und darüber hinaus auch weder sinnvoll noch effizient. Dies belegen die Nutzerzahlen der Bezirksverwaltungen und Bürgerbüros in den Stadtteilen.

Herzlichen Dank für den Hinweis auf gute Praxisbeispiele aus anderen Kommunen. Von Seiten der Stadtverwaltung ist geplant, im Zuge der Ideensammlung und weiteren Ausarbeitungen mehrere Vor-Ort-Termine in Kommunen durchzuführen, die aus Sicht der Verwaltung gute Modelle und Ansätze entwickelt haben, von denen die Wissenschaftsstadt Darmstadt lernen kann.

Zu dem Vorschlag, die Verwaltungsbereiche in günstigeren Büros dezentral anzusiedeln, verweisen wir auf den Bericht zur Idee #69.



Idee #127 zum Neuen Rathaus: Aushandlung günstigerer Mietverträge, Dienstleistungszentrale in der City, kein neues Rathaus für Politik und Stabsstellen

Erläuterung:

Stadt ist in der Vergangenheit Mietverträge, auch mit der städtischen Tochter Bauverein AG, eingegangen, die sich heute als zu teuer erweisen. Günstigere Verträge aushandeln! Alle anderen Angaben der Politik zur Notwendigkeit eines neuen Rathauses müssen sehr kritisch hinterfragt werden, damit nicht wie beim Darmstadtium hinterher das große Erstaunen kommt, aber nichts mehr zu ändern ist. Vielleicht wird erst alles klein gerechnet, damit es finanzierbar ist, der Bürger ok sagt. Dann wird wieder sukzessive ausgelagert, angemietet. Auch Eigentum verpflichtet (und kostet), was die Stadtpolitik viele Jahrzehnte vernachlässigt hat! Kein Rathaus für Politik und Stabsstellen! Eine Dienstleistungszentrale für unsere Anliegen in der City, am/im Schloss, genügt. Jobticket? Vom OB längst zugesagt.

Bewertung: 18 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme

Bericht durch die Verwaltung:

Die überwiegend vor mehreren Jahren ausgehandelten Mietverträge waren seinerzeit in der Tat oberhalb des durchschnittlichen Mietpreises für Büroflächen angesiedelt. Aufgrund der Mietpreisentwicklung bewegt sich der durchschnittliche Mietpreis, den die Stadt heute zahlt, auf dem üblichen Niveau.

Zumindest langfristig ist für Darmstadt mit moderat steigenden Mietpreisen auch für Büroflächen zu rechnen. Dies ist zum einen der Lage Darmstadts im prosperierenden Ballungsraum Rhein-Main zuzurechnen, zum anderen auch der lokalen Situation. Die Prognosen lassen einen weiteren Bevölkerungszuwachs und damit ein Konkurrenzverhältnis zwischen Wohn- und Büro- bzw. Gewerbeflächen erwarten.

Die Möglichkeit, zukünftig günstigere Mietkonditionen aushandeln zu können, erscheint daher bei der zu erwartenden langfristigen Nachfrage Situation als sehr begrenzt.

Die Idee einer Dienstleistungszentrale für Bürger- und Bürgerinnenanliegen an einem zentralen Ort in Darmstadt wird von der Verwaltung begrüßt. Wir definieren eine Dienstleistungszentrale allerdings weiter, da zwischen den politischen Entscheidungsträgern, der Verwaltung und den Bürgerinnen und Bürgern jeden Tag viele Gespräche stattfinden, die auch eine räumliche Nähe notwendig machen. Daher müssen in einer solchen Einheit operative Einheiten und politische Funktionäre an einem Ort gebündelt werden.



Idee #74 zum Neuen Rathaus: Berücksichtigung der Folgekosten, mehr Flexibilität durch Anmietung, innere Verwaltung in die Peripherie

Erläuterung:

die Damen und Herren Dezernten sollten immer bedenken, dass du ein neues Rathaus Jahrzehnte an der Backe hast.

es müssen Instandhaltungsrücklagen in beträchtlicher Summe berücksichtigt werden die bei einer Wirtschaftlichkeitsberechnung gerne mal vergessen werden.

es kann keiner sagen wie sich das Internet noch weiter entwickelt. in 10, 20 Jahren kann ich vielleicht noch viel einfacher so wohl von zuhause aus arbeiten oder auch noch mehr Anträge, Anfragen etc. vom heimischen Rechner aus bearbeiten. folglich sind weniger Büroarbeitsplätze im Rathaus notwendig. baue ich jetzt einen Riesendampfer, habe ich den noch 2050 am Bein. bei gemieteten Objekten bin ich wesentlich flexibler, auch wenns zunächst teurer scheint. deshalb: mieten nach Ablauf neu verhandeln, innere Verwaltung an die Peripherie

Bewertung: 16 Ja-Stimmen

Bericht durch die Verwaltung:

Ihre Einschätzung zur Weiterentwicklung des Internets wird von uns geteilt. In den Planungen zum Neuen Rathaus werden diese Zukunftsprognosen berücksichtigt und diskutiert, insbesondere in Bezug auf die Möglichkeiten zur Ausweitung von Online-Diensten für die Bürgerinnen und Bürger und Home-Office für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung. Daher wird versucht, in den Planungen auch eine Teilnutzung des Gebäudes beispielsweise durch Gewerbe zu berücksichtigen und variable Umnutzungen bei Bedarf zu ermöglichen. Auch werden neue, flexible Büroformen im Konzept berücksichtigt.

Die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung berücksichtigt selbstverständlich auch die Folgekosten, die durch einen Neubau entstehen. Die Berechnungen werden sowohl verwaltungsintern als auch durch ein externes Büro durchgeführt. Hierbei wurden die Einsparungen bei Mietkosten und die Einnahmen aus der Vermarktung stadteigener Gebäude berücksichtigt.

Zur Idee der Ansiedlung von Verwaltungsbereichen mit wenig Kundenkontakt in der Peripherie verweisen wir auf die Antwort zur Idee #69, Seite 7.



Idee #115 zum Neuen Rathaus: Verwaltungsbereiche mit wenig Bürgerkontakt in die Peripherie, zentrale Bürgeranlaufstelle

Erläuterung:

Begründung der Politik ist einseitig zugunsten eines Neubaus. Realisierung steht bereits fest (Denkmal setzen?). Sammlung Meinungen weniger Bürger, die dann i. S. der Politiker gefiltert werden, dient Alibi. Schellenberg u. Partsch geht es nicht darum, OB neues Rathaus, sondern WIE es realisiert wird. Z. Zt. sind mit schlechten Verträgen in zentraler Lage am Luisenplatz Verwaltungen untergebracht, die so gut wie nichts mit Bürgerkontakten zu tun haben. Diese und Politiker mit Tross kostengünstig an die Peripherie! Bürger- und Ordnungsamt und eine umfassende Bürgeranlaufstelle für alle anderen Dienstleistungen gehören zentral an den Marktplatz, da gibt es mehrere Möglichkeiten in Bauverein-Immobilien, die man nur günstig herrichten muss. Altes & Neues Rathaus am Schloss sind dann UNSER Ziel!

Bewertung: 15 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme

Bericht durch die Verwaltung:

Die Stadtregierung wägt sehr genau ab, welche Vor- und Nachteile sich durch eine Verwaltungskonzentration an einem zentralen Standort ergeben würden. Hierzu ist noch keine Entscheidung für einen Rathausneubau gefallen. Die Entscheidung für einen Rathausneubau unterliegt diversen Bedingungen, hierzu zählt u.a., dass ein Neubau wirtschaftlich sinnvoll wäre, die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten verbessert werden könnten und – und das liegt uns besonders am Herzen – mehr Bürgerfreundlichkeit durch eine Verwaltungskonzentration erreicht werden könnte. Erst wenn die wirtschaftlichen Vorteile durch einen Neubau im Vergleich zur Bestandsfortführung schlüssig belegt werden, wird eine Entscheidung getroffen.

Ihre Idee einer umfassenden Bürgeranlaufstelle für Dienstleistungen entspricht dem Wunsch der Wissenschaftsstadt Darmstadt. Vorteil einer Zentralisierung der Verwaltung wäre, dass ein zentraler Eingangsbereich im Erdgeschoss für die Bürgerinnen und Bürger eingerichtet werden könnte, in dem alle Serviceleistungen gebündelt angeboten werden. Zu dieser Thematik gibt es eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe, die sich mit diesen Fragen beschäftigt und ein zukunftsweisendes Konzept erstellen wird.

Zur Idee der Ansiedlung von Verwaltungsbereichen mit wenig Kundenkontakt verweisen wir auf die Antwort zur Idee #69, Seite 7.



TOP 5 Ideen zum Thema:

Bezirksverwaltungen in den Stadtteilen

und dazugehörige Stellungnahmen aus der Verwaltung

Einleitungstext aus der Onlineplattform:

Derzeit unterhält die Wissenschaftsstadt Darmstadt Bezirksverwaltungen in Arheilgen, Eberstadt und Wixhausen sowie Bürgerbüros in Kranichstein und Darmstadt West für die Heimstädtensiedlung und die Waldkolonie.

Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung plant der Magistrat, die Bürgerbüros in Kranichstein und Darmstadt West perspektivisch zu schließen und den Fortbestand der Meldestellen auf den Prüfstand zu stellen. Im Laufe des Jahres soll die Arbeit der verbleibenden Bezirksverwaltungen in ein Bürgerbeteiligungskonzept eingebettet werden. In diesem Zusammenhang möchten wir die Bedürfnisse und Wünsche der Bürgerinnen und Bürger ermitteln.

Derzeit werden vor Ort folgende Angebote und Dienstleistungen vorgehalten:

- allgemeine Bürgerberatung zum städtischen Dienstleistungsangebot
- Ausgabe und Entgegennahme von Anträgen
- Zusammenarbeit mit Vereinen, Parteien, Kirchen und weiteren Institutionen vor Ort
- Fundbüro
- Bereitstellung von gelben Säcken und Abfuhrkalendern
- Repräsentationen (zum Beispiel bei Alters- und Ehejubiläen)

Selbstverständlich wäre es wünschenswert ein breites Angebot an möglichst vielen Stellen in der Stadt vorzuhalten. Leider ist dies mit Kosten verbunden und der Konsolidierungsdruck auf den Haushalt ist hoch. Der Magistrat möchte sich die Handlungsfähigkeit für die Stadt erhalten. Daher ist es notwendig Ideen zum Sparen selbst zu entwickeln, bevor es andere tun. Hieran möchten wir Sie als Bürgerinnen und Bürger beteiligen.

- Wir bitten Sie daher kritisch zu diskutieren, wie ein Angebot vor Ort in Eberstadt, Arheilgen und Wixhausen sinnvoll gestaltet werden kann.
- Welche Angebote können nach Ihrer Meinung vor Ort entfallen, wenn Sie berücksichtigen, dass die Vorhaltung mit Kosten verbunden ist?
- Welche Dienstleistungen sind Ihrer Meinung nach unentbehrlich?



Idee #21 zu den Bezirksverwaltungen: Ausbau der Internetdienstleistungen, dadurch Einsparungen bei den Gebäuden

Erläuterung:

Für sehr wichtig halte ich den Ausbau der Dienstleistungen der Stadt, die über das Internet abgewickelt werden können. Dadurch reduziert sich der (Innenstadt-) Verkehr ebenso wie die Kosten für die Gebäude, da diese wegen Heimarbeit kleiner ausfallen können und wegen weniger Publikumsverkehr auch weniger „repräsentativ“.

Bewertung: 14 Ja-Stimmen

Bericht durch die Verwaltung:

Der Ausbau von Online-Diensten für Bürgerinnen und Bürger ist richtig und wird von der Stadt Darmstadt auch verfolgt, u.a. mittels einer Projektgruppe zur Neustrukturierung der Bürgerdienste und in der Internetredaktion. Wir stimmen Ihnen zu, dass das derzeitige Angebot von Online-Diensten in der Wissenschaftsstadt Darmstadt ausbaufähig ist.

Um den Bereich Online Dienste zukünftig weiter auszubauen, wurde am 1.11.12 eine Stelle in der IT-Abteilung mit der Teilaufgabe e-Government wiederbesetzt, die sich um diese Thematik schwerpunktmäßig kümmern wird. Neben dem geplanten Ausbau der Online-Dienste besteht die Notwendigkeit, Dienstleistungen an einem zentralen Ort vorzuhalten.

Das Angebot der Telearbeit, d.h. der Arbeit außerhalb des Gebäudes des Arbeitgebers, wird zukünftig verstärkt für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung angeboten. Grundlage hierfür ist eine Dienstvereinbarung, die ab 1.1.2013 in Kraft tritt. Der Faktor der zunehmenden Heimarbeit wird bei den Flächenplanungen berücksichtigt, indem zum einen von einem geringeren Flächenbedarf auszugehen ist und zum anderen flexible Raumgrößen berücksichtigt werden.



Idee #1 zu den Bezirksverwaltungen: Bürgerdienste in die Stadt(teil)bibliotheken und per Telefon

Erläuterung:

In den meisten betroffenen Stadtteilen werden auch Stadt(teil)bibliotheken unterhalten. Wäre es nicht möglich einen Teil der Dienstleistungen dort zu integrieren, z.B:

Ausgabe und Entgegennahme von Anträgen
Fundbüro
Bereitstellung von gelben Säcken und Abfuhrkalendern

Die restlichen Dienstleistungen, insbesondere,
allgemeine Bürgerberatung zum städtischen Dienstleistungsangebot
telefonisch...

Bewertung: 13 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme

Bericht durch die Verwaltung:

Der Vorschlag der Integration der Bürgerdienste in die Stadtteilbibliotheken ist nur schwer umsetzbar. Das Bibliothekskonzept „Stadtteilbibliothek 2020“ sieht vor, dass die Stadtteilbibliotheken in Arheilgen und Bessungen geschlossen und die städtischen Immobilien verkauft werden sollen. Auch in Wixhausen gibt es keine Nebenstelle der Stadtbibliothek.

Ein weiterer Aspekt ist der Datenschutz. In den vorhandenen Bibliotheken gibt es keine ausreichenden Räumlichkeiten, um den Datenschutz zu gewähren, der bei den Dienstleistungsangeboten des Einwohnermeldeamtes notwendig ist. Weiterhin zu Bedenken ist das Personal, was zusätzlich notwendig wäre, um diese Dienstleistungen in den Stadtteilbibliotheken vorhalten zu können. Hier bedarf es einer speziellen Ausbildung und Fachkenntnisse auf dem Gebiet des Meldewesens.

Zum Bibliothekskonzept gehört auch die Anschaffung eines neuen Bücherbusses. Dieser Bücherbus soll, neben den Stadtteilen Arheilgen und Bessungen, weitere Stadtteile anfahren. Derzeit gibt es die Idee, dass in dem Bücherbus ein Koffer als mobile Verwaltungseinheit integriert wird. Damit könnten die Dienstleistungen der Meldestellen auch mobil abgerufen werden. Diese Idee muss von der Verwaltung noch auf Umsetzbarkeit überprüft werden.

Der Verweis auf telefonische Bürgerberatung ist richtig, ersetzt aber nicht die Notwendigkeit einer zentralen Anlauf- und Beratungsstelle für alle Bürgerinnen und Bürger Darmstadt zu möglichst breiten Öffnungszeiten.



Idee #155 zu den Bezirksverwaltungen: Erhalt der Bezirksverwaltung Eberstadt

Erläuterung:

Die Bezirksverwaltung in Eberstadt ist unverzichtbar. Das Meldebüro ist stets ausgebucht, für viele Menschen sind persönlicher Kontakt und direkte Frage/Antwortmöglichkeit wichtig. Vor allem für Personen, die nicht gut deutsch sprechen und für ältere Menschen. Nicht alles geht mit IT! Die Kombination zwischen Bezirksverwaltung, Meldestelle, Ortsgericht, Polizeiposten und Stadtteilbibliothek ist für Eberstadt so wertvoll. Der Service ist gut, kompetent schnell und freundlich.

Danke!

Bewertung: 8 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen

Bericht durch die Verwaltung:

Eine Schließung der Bezirksverwaltung Eberstadt ist nicht geplant. Neben der Errichtung eines zentralen Neuen Rathauses mit mehr Dienstleistungen für die Bürger wird beabsichtigt, die Bezirksverwaltungen in Arheilgen, Eberstadt und Wixhausen zu erhalten und zu stärken.

Derzeit wird von der Bürgerbeauftragten der Wissenschaftsstadt Darmstadt ein Konzept zur Bürgerbeteiligung mit den beteiligten Ämtern, Verwaltungsstellen und Eigenbetrieben erarbeitet, in dem auch die Bezirksverwaltungen eingebunden werden. Ziel ist der Erhalt und der Ausbau des Dienstleistungsangebots in den genannten Stadtteilen. Darüber hinaus soll die Vernetzung der Bezirksverwaltungen mit den jeweiligen Stadtteilen als auch mit den zentralen Einheiten verstärkt werden und die Bezirksverwaltungen konzeptionell stärker in Prozesse der Bürgerbeteiligung einbezogen werden.

Es wird überprüft, ob und wie die Aufgaben, die die Zweigstellen des Bürger- und Ordnungsamtes wahrnehmen, durch das Personal der Bezirksverwaltungen selbst übernommen werden können, so dass es zu keinen Leistungseinschränkungen kommt. Alternativ ist denkbar, dass ein mobiler Bürgerservice anstelle eines räumlich gebundenen Dienstleistungsangebots eingesetzt wird. Mittels einer mobilen Ausrüstung könnte der Service der Stadtverwaltung vor Ort angeboten werden. Das Dienstleistungsangebot ist hierbei das gleiche. Vorteil einer solchen Lösung wäre, dass diese Technik völlig standortunabhängig einsetzbar wäre, d.h. auch in Krankenhäusern, Senioreneinrichtungen, Behindertenwohnheimen etc.



Idee #129 zu den Bezirksverwaltungen: Heimservice der Verwaltung für Senioren

Erläuterung:

Ich fände es gut, wenn man hier die älteren Mitbürger und die die sich nur eingeschränkt bewegen können berücksichtigt. Die Idee mit dem Sammeltaxi finde ich nicht schlecht. Aber vielleicht wäre es ja auch eine Lösung, wenn man für solche Leute einen Heimservice anbietet. Das ein Angestellter der Stadt zu den Leuten nach Hause kommt und Anträge zusammen ausfüllt etc. Das könnte z.B. auch in Seniorenwohnheimen angeboten werden.

Bewertung: 7 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen

Bericht durch die Verwaltung:

Die Idee eines Heimservices für Senioren ist im großen Umfang nicht umsetzbar, da sie sehr personalintensiv ist und damit zusätzliche Kosten verursacht werden. In begründeten Ausnahmefällen ist es möglich, einen solchen Heimservice anzubieten.

Die Wissenschaftsstadt Darmstadt prüft derzeit, ob zukünftig ein mobiler Bürgerservice anstelle eines räumlich gebundenen Dienstleistungsangebots eingesetzt wird. Mittels einer mobilen Ausrüstung könnte der Service der Stadtverwaltung vor Ort angeboten werden. Das Dienstleistungsangebot ist hierbei das gleiche. Vorteil einer solchen Lösung wäre, dass diese Technik völlig standortunabhängig einsetzbar wäre, d.h. auch in Krankenhäusern, Senioreneinrichtungen, Behindertenwohnheimen etc. Im Zusammenhang mit der Überprüfung der Zukunft der Meldestellen in den Stadtteilen spielt dieses Konzept eine wichtige Rolle.



Idee #138 zu den Bezirksverwaltungen: Dezentralisierung des Bürgerservices, Online-Angebote

Erläuterung:

Zentralisierung von Bürgerservices bringt dem Bürger lange Fahrt- und Wartezeiten bei vermindertem Service. Hierdurch wird der Bürger, der mit seinen Steuern u.a. die Gehälter der städtischen Bediensteten bezahlt, lediglich hochgradig verärgert. Dezentralisierung von Services in den Stadtteilen (Beibehaltung/Erweiterung der Bürgerbüros) bewirkt, dass auch nicht-mobile und ältere Bürger diese Dienste ohne Mehraufwand in Anspruch nehmen können und verbessert die Stimmung der Bürger allgemein. Zusätzliche Online-Angebote von Services, die anderswo state-of-the-art sind, helfen hier ebenfalls weiter. Der Mehrwert liegt im sozialen Wohlfühlen und Versorgt-sein in der Stadt.

Bewertung: 9 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen

Bericht durch die Verwaltung:

Eine Zentralisierung der Bürgerdienste bringt keine Nachteile, sondern viele Vorteile. Beispielsweise sei hier die Verringerung von Wartezeiten genannt, da man nur an einen Standort fahren muss, um dort alle kommunalen Dienstleistungen zu erhalten. Ein weiterer wichtiger Aspekt sind die wesentlich besseren Öffnungszeiten, die bei einer Zentralisierung der Angebote erreicht werden können, damit auch Berufstätige die Dienstleistungen nutzen können, ohne Urlaub nehmen zu müssen. Mit einer Zentralisierung der Bürgerdienste können sowohl verwaltungsinterne als auch Bürgerwege verkürzt werden, was sich positiv auf die Bearbeitungszeit und die Bürgernähe auswirkt.

Für nicht mobile Bürgerinnen und Bürger muss es selbstverständlich ein ergänzendes Angebot geben. Die Wissenschaftsstadt Darmstadt prüft derzeit, ob zukünftig ein mobiler Bürgerservice anstelle eines räumlich gebundenen Dienstleistungsangebots eingesetzt wird. Mittels einer mobilen Ausrüstung könnte der Service der Stadtverwaltung vor Ort angeboten werden. Das Dienstleistungsangebot ist hierbei das gleiche. Vorteil einer solchen Lösung wäre, dass diese Technik völlig standortunabhängig einsetzbar wäre, d.h. auch in Krankenhäusern, Senioreneinrichtungen, Behindertenwohnheimen etc. Im Zusammenhang mit der Überprüfung der Zukunft der Meldestellen in den Stadtteilen spielt dieses Konzept eine wichtige Rolle.

Der Ausbau von Online-Diensten für Bürgerinnen und Bürger ist richtig und wird von der Stadt Darmstadt auch verfolgt, u.a. mittels einer Projektgruppe zur Neustrukturierung der Bürgerdienste und in der Internetredaktion. Wir stimmen Ihnen zu, dass das derzeitige Angebot von Online-Diensten in der Wissenschaftsstadt Darmstadt ausbaufähig ist. Um den Bereich Online-Dienste zukünftig weiter auszubauen, wurde am 1.11.12 eine Stelle in der IT-Abteilung mit der Teilaufgabe e-Government wiederbesetzt, die sich um diese Thematik schwerpunktmäßig kümmern wird. Neben dem geplanten Ausbau der Online-Dienste besteht die Notwendigkeit, Dienstleistungen an einem zentralen Ort vorzuhalten.



TOP 5 Ideen zum Thema:

Ehrenamtliches Engagement und dazugehörige Stellungnahmen aus der Verwaltung

Einleitungstext aus der Onlineplattform:

Über 35 % aller Bundesbürgerinnen und -bürger sind ehrenamtlich oder freiwillig engagiert bei Sport, Freizeit und Geselligkeit, Kinder und Jugend, Kirche und Religion, Soziales, Gesundheit und Pflege, Kultur, Feuerwehr und mehr.

Würde man die geleisteten Arbeitsstunden mit einem Stundenlohn von 7,50 Euro ansetzen, dann tragen engagierte Bürgerinnen und Bürger jährlich eine Arbeitsleistung im Wert von rund 35 Milliarden Euro zum Gemeinwesen bei. Freiwilliges Engagement leistet einen wesentlichen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und ermöglicht den Bürgerinnen und Bürgern einer Stadt eine intensive Teilnahme am kommunalen Leben. Auch Darmstädter Bürgerinnen und Bürger sind in vielen Bereichen mit hohem Engagement ehrenamtlich im Einsatz und verdienen Anerkennung. 2011 wurden 103 Bürgerinnen und Bürger für ihr langjähriges ehrenamtliches Engagement durch die Wissenschaftsstadt Darmstadt geehrt.

Aus den Reihen der Bürgerschaft ist die Idee entstanden, zur Konsolidierung des Haushalts beizutragen, indem Bürgerinnen und Bürger freiwillig und unentgeltlich Aufgaben übernehmen, die ansonsten mit entsprechenden Kosten für die Stadt zu Buche schlagen würden.

- Was halten Sie von dieser Idee?
- Welche Tätigkeiten halten Sie generell für geeignet, um sie in ehrenamtlicher Form erledigen zu lassen, um damit zur Haushaltskonsolidierung der Wissenschaftsstadt Darmstadt beizutragen?

Betont werden muss, dass freiwilliges Engagement kein Ersatz für hauptamtliche Tätigkeiten sein soll und keine regulären Arbeitsplätze ersetzen darf. Es kommen nur Aufgaben in Frage, die nicht als gesetzliche Pflichtaufgaben von der Wissenschaftsstadt Darmstadt wahrzunehmen sind. Zu den Pflichtaufgaben gehören beispielsweise die Ausstellung von Ausweisdokumenten, die Erteilung von Baugenehmigungen oder die Gewährung von Sozialhilfe. Freiwillige Mitarbeiterinnen können für zusätzliche Dienstleistungen angeboten werden, für die ansonsten keine Zeit und /oder kein Personal vorhanden sind.

Als kleine Anregung nachfolgend ein paar Arbeitsgebiete, in denen ehrenamtliches Engagement heute bereits geleistet wird oder künftig ein Einsatzort sein könnte:

- in der Kinder- und Jugendarbeit
- in der Seniorenarbeit
- im Bereich Obdachlosenarbeit
- im Bereich Menschen mit Behinderung
- im Vivarium
- im Sportbereich
- in Museen, Bibliotheken, Galerien und anderen kulturellen Einrichtungen



- bei der Pflege von Parks, Grünanlagen, Straßen und Wegen und bei der Unterhaltung und Bewirtschaftung von Bürgerhäusern

Bitte diskutieren Sie, ob Sie tatsächlich Einsparungsmöglichkeiten für die Wissenschaftsstadt Darmstadt erkennen und wo genau Sie diese sehen.



Idee #10 zum ehrenamtlichen Engagement: Ehrenamtspool und zentraler Ansprechpartner

Erläuterung:

Da ich ehrenamtlich beim VdK bin, kenne ich das Thema. Die Stadt sollte einen „Ehrenamtspool“ eröffnen, in Form eines Schwarzen Brettes. Aushang in den Stadthäusern. Dort stehen die Behörden und Stellen, welche oben erwähnt sind. Ein zentraler Ansprechpartner für alle, mit Telefon und Handy Nummer wo sich dann um die Verbindung in den einzelnen Ämtern kümmert und den Kontakt herstellt und die Stelle vermittelt.

Bewertung: 15 Ja-Stimmen

Bericht durch die Verwaltung:

Die Wissenschaftsstadt Darmstadt räumt dem freiwilligen Engagement von Bürgerinnen und Bürgern einen sehr hohen Stellenwert ein.

Gemeinsam mit dem Paritätischen Wohlfahrtsverband ist es gelungen, die Arbeit der ehemaligen Freiwilligenagentur – dem heutigen **Freiwilligenzentrum** – konzeptionell neu aufzustellen. Neu ist die enge Verzahnung des bürgerschaftliche Engagements mit der Selbsthilfe, was zu guten Synergien bei der Unterstützung von freiwillig Engagierten durch hauptamtliche Fachkräfte führen wird. Gleichzeitig werden aber auch im Freiwilligenzentrum die ehrenamtlich Engagierten weiterhin im Einsatz sein, um interessierten Bürgerinnen und Bürgern bei der Auswahl von geeigneten Einsatzfeldern beratend und vermittelnd zur Seite zu stehen. Das Freiwilligenzentrum bietet Einsatzmöglichkeiten für Ehrenamtlich in fast allen Bereichen, ausgenommen Kunst und Kultur (siehe Ehrenamt für Darmstadt e.V.). Auch potentielle Einsatzstellen können sich an das neue Freiwilligenzentrum wenden, das am 03.12.2012 offiziell eröffnet wird.

Weitere Informationen zum Freiwilligenzentrum finden Sie bereits auf der Homepage <http://www.freiwilligenzentrum-darmstadt.org>

Für Menschen, die sich **kulturellen Bereich** freiwillig engagieren möchten, steht der Verein **Ehrenamt für Darmstadt e.V.** als Anlauf- und Informationsstelle zur Verfügung. Die Homepage des Vereins Ehrenamt für Darmstadt e.V. gibt einen guten Einblick in die Aktivitäten und Möglichkeiten des freiwilligen Engagements in Kunst und Kultur. <http://www.ehrenamt-darmstadt.de>



Idee #28 zum ehrenamtlichen Engagement: Einsatz Ehrenamtlicher in Bibliotheken

Erläuterung:

Die Stadtteilbibliotheken sollten von ehrenamtlichen Mitarbeitern unterstützt werden.

Denn Bibliotheken sind nicht nur Buchausgabestellen, sondern auch soziale Treffpunkte und wichtige Bildungseinrichtungen.

Ich könnte mir vorstellen, dass viele Menschen Lust haben, „ihre“; Stadtteilbibliothek zu unterstützen und einige Stunden im Monat dort zu arbeiten.

Natürlich müsste es Einweisungen in die Technik geben, evtl. auch eine weitere Abstufung der Software-Berechtigungen (damit die Ehrenamtlichen nicht aus Versehen die Buchdatenbank löschen).

Ich kenne einige Schulbibliotheken, die von Eltern ehrenamtlich organisiert werden.

Bewertung: 15 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme

Bericht durch die Verwaltung:

Die Idee, Ehrenamtliche im Bereich der Stadtbibliotheken einzusetzen, stößt bei uns auf Zustimmung. Es gäbe verschiedene Einsatzfelder, die von Ehrenamtlichen übernommen werden könnten. Interessierte Bürgerinnen und Bürger können sich direkt mit der Leitung der Stadtbibliothek in Verbindung setzen (Telefon: 06151 / 13-3101).



Idee #128 zum ehrenamtlichen Engagement: Einsatzfelder für Ehrenamtliche, Bedeutung des freiwilligen Polizeidienstes

Erläuterung:

Für den Einsatz von Ehrenamtlichen sind viele Gebiete geeignet insbesondere zusätzliche Betreuung von Kranken, Alten und Kindern z.B. mit Computerunterricht, Besorgungen usw. Die Pflege, bessere Sauberhaltung und Überwachung von Grünanlagen, Parks und Straßen mit Patenschaften durch Ehrenamtliche sind eine wesentliche Unterstützung der zuständigen Ämter. Sehr wichtig ist auch ein freiwilliger Polizeidienst nur mit Handy-ausstattung, der durch Beobachtung des öffentlichen Raums mit Rundgang körperliche und materielle Schäden durch Meldung an Polizei, Feuerwehr und Krankenwagen verhindert oder mildert d.h.

Installation von ehrenamtlichen Nachtwächtern.

Bewertung: 12 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme

Bericht durch die Verwaltung:

Im Bereich des Sports und Schwimmbäder sind Einsatzmöglichkeiten von Ehrenamtlichen vor allem im Bereich der Pflege von Außenanlagen denkbar. Auch werden ehrenamtliche Helferinnen und Helfer bei dem seit über drei Jahrzehnten jährlich stattfindenden Sport- und Spielfest im Herrngarten, welches von der Wissenschaftsstadt Darmstadt in Zusammenarbeit mit dem Sportkreis 33 und dem Unternehmen Merck organisiert wird, gesucht.

An ehrenamtlicher Arbeit im Bereich Sport und Schwimmbäder interessierte Bürgerinnen und Bürger können sich direkt mit der Leitung des Sportamtes bzw. dem Betriebsleiter des Eigenbetrieb Bäder in Verbindung setzen (Telefon: 06151 / 13-2970).

Im Bereich Betreuung gibt es bereits die Möglichkeit sich ehrenamtlich zu engagieren. In Kooperation mit dem Diakonischen Werk Darmstadt-Dieburg werden Seniorenbegleiterinnen und Seniorenbegleiter ausgebildet, die Seniorinnen und Senioren oder Menschen mit Behinderung, trotz eines zunehmenden Hilfs- und Versorgungsbedarfes, den Verbleib in der eigenen Wohnung und im gewohnten Lebensumfeld ermöglichen. Seniorenbetreuer/innen begleiten beim Einkauf, helfen bei der Alltagsgestaltung, unterstützen bei Behördengängen, begleiten die Seniorinnen und Senioren ins Theater oder lesen ihnen etwas vor.

Das Angebot deckt bei weitem nicht die Nachfrage. Bei diesem Ehrenamt handelt es sich um eine sehr anspruchsvolle Aufgabe. Interessierte müssen sehr zuverlässig und bereit sein, einen speziellen Ausbildungskurs zu absolvieren. Interessierte Bürgerinnen und Bürger können sich an die Koordinationsstelle Seniorenbegleitung des Diakonischen Werk Darmstadt-Dieburg wenden (Telefon: 06151-667359, E-Mail: seniorenbegleitung@dw-darmstadt.de)



Gerne können sich Interessierte aber in Kindertagesstätten in bestimmten Bereichen engagieren. So gibt es schon heute regelmäßige Vorleseprojekte oder Hausaufgabenhilfe in Horten, die von Ehrenamtlichen unterstützt werden können. Bei Interesse können Sie sich an das Jugendamt, Leitung Abteilung Kindertagesstätten (städtische), Tel: 06151 – 13 3492 kinderbetreuung@darmstadt.de wenden.

Hinsichtlich der Übernahme von Patenschaften für Grünflächen siehe die Ausführungen zu Idee #90.

Einen freiwilligen Polizeidienst gibt es bei der Wissenschaftsstadt Darmstadt nicht. Neben der Überwachung des fließenden und ruhenden Verkehrs und der Überwachung der Einhaltung der städtischen Satzungen und Verordnungen, führen die Kommunalpolizei und die Landespolizei im Rahmen ihres Streifendienstes regelmäßig Kontrollen durch und werden tätig, sofern ein Anlass besteht. Vom Bürger- und Ordnungsamt werden ausschließlich hoheitliche Aufgaben wahrgenommen, so dass ein Einsatz von Ehrenamtlichen in diesen Bereichen ohnehin nicht in Frage kommt.



Idee #75 zum ehrenamtlichen Engagement: Verein "Ehrenamt für Darmstadt e.V." und Ehrenamts-Card bekannter machen und verbessern

Erläuterung:

Die vorhandenen Instrumente sollten besser genutzt und verbessert werden und besser kommuniziert werden.

<http://www.ehrenamt-darmstadt.de>

<http://www.ecard-hessen.de/>

Bewertung: 11 Ja-Stimmen

Bericht durch die Verwaltung:

Der Verein Ehrenamt für Darmstadt, welcher 1994 gegründet wurde, ist ein eigenständiger Verein mit eigenständiger Homepage. Es ist vorgesehen, dass zwischen dem Verein „Ehrenamt für Darmstadt e. V.“ und dem neuen Freiwilligenzentrum eine gute konstruktive Zusammenarbeit erfolgen wird.

Die von der Wissenschaftsstadt Darmstadt herausgegebene Ehrenamts-Card ist als Dankeschön und Wertschätzung gegenüber allen freiwilligen Helferinnen und Helfern, die sich in besonderer Weise für die Gesellschaft einsetzen, gedacht. Für die Ehrenamts-Card ist ein Engagement in besonderem Maße gefordert:

- mindestens fünf Stunden pro Woche ehrenamtliche Tätigkeit(en)
- mindestens seit fünf Jahren (bei Personen unter 21 Jahren seit 3 Jahren) oder seit Bestehen der Organisation Tätigkeit für das Gemeinwohl
- keine Aufwandsentschädigung, ausgenommen Erstattungen von Kosten
- die Tätigkeit muss in Darmstadt ausgeübt werden.

Seit 2009 wurden 460 Ehrenamts-Card an Darmstädter Bürgerinnen und Bürger ausgegeben. Ihren Vorschlag, diese besser zu bewerben, werden wir aufgreifen. Informationen zur Ehrenamts-Card finden Sie auf der Homepage der Wissenschaftsstadt Darmstadt unter <http://www.darmstadt.de/leben-in-darmstadt/soziales-und-gesellschaft/ehrenamt>



Idee #90 zum ehrenamtlichen Engagement: Grünflächenpatenschaften

Erläuterung:

Vor vielen Mietshäusern stehen kleine Bauminseln oder sind ungepflegte Grünkleinstflächen. Vielleicht können hier Mieter/innen dazu gewohnen werden, „ihren“ Grünabschnitt zu pflegen (Baum gießen oder zwei-drei Pflanzen anpflanzen - ähnlich dem Prinzip „urban gardening“ etc. pp). Dann würde dies die Gärtner/innen der Stadt entlasten, die sich dann um all die ungepflegten und auch unattraktiven großen Grünflächen in der Stadt kümmern können. Ich kenne dies aus Berlin (und dies gibt es sicher auch in anderen Städten) und es trägt zum Wohlfühlen in seiner Straße bei, gerade auch, wenn dann eine Bank noch aufgestellt wird oder alles nicht einheitlich aussieht. Quasi eine Baum- oder Grünflächenpatenschaft.

Bewertung: 12 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen

Erläuterung durch die Verwaltung:

Das Grünflächenamt pflegt seit vielen Jahren bereits Patenschaften mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern. Solche Patenschaften tragen zu einer Verbesserung des Stadtbildes bei und werden daher ausdrücklich gewünscht.

Zur Regelung der Patenschaft wird zwischen dem Grünflächenamt und der Bürgerin bzw. dem Bürger eine Vereinbarung geschlossen, in der geregelt ist, was genau Gegenstand der Patenschaft ist (bspw. Wässern von Bäumen im Frühjahr oder Sommer). Die Übernahme einer Patenschaft für Baumpflege ist jedoch grundsätzlich ausgeschlossen, weil in der Vergangenheit Bäume dadurch teilweise Schaden gelitten haben, indem bspw. Baumkronen unfachlich gestutzt wurden. Derartige Schäden sind nicht mehr heilbar.

Auch ist die Übernahme von Spielplatzpatenschaften denkbar. Hier ist vorstellbar, dass dem Grünflächenamt, welches die städtischen Spielplätze pflegt, etwaige Schäden gemeldet werden, Müll beseitigt, Graffitis beseitigt werden oder Gras und Unkraut aus Sandflächen.